

Universitätsstadt Tübingen
Fachabteilung Kindertagesbetreuung
Mühlhäuser, Steffi Telefon: 07071-204-1454
Gesch. Z.: /

Vorlage 523a/2017
Datum 08.01.2018

Berichtsvorlage

zur Behandlung im **Ausschuss für Kultur, Bildung und Soziales**

Betreff: Verbesserung des Impfschutzes von Kindern in städtischen Kindertageseinrichtungen
Bezug: Vorlage 523/2017
Anlagen: 0

Zusammenfassung:

Die große Bedeutung eines vollständigen Impfschutzes bei Kindern wird durch vorhandene Regelungen und Maßnahmen in den Kindertageseinrichtungen ausreichend unterstützt.

Ziel:

Gute Information von Eltern zur Bedeutung des Impfschutzes von Kindern, die eine Kindertageseinrichtung besuchen.

Bericht:

1. Anlass

Mit dem interfraktionellen Antrag 523/2017 wird beantragt, Eltern bei Betreuungsbeginn ihres Kindes in einer Kindertageseinrichtung zur Vorlage des Impfausweises zu verpflichten. Mit dieser Vorlage wird die Stellungnahme der Verwaltung vorgelegt und über die Regelungen in den städtischen Einrichtungen berichtet.

2. Sachstand

Es gibt in Deutschland keine Impfpflicht. Der Gesetzgeber hat jedoch in den vergangenen Jahren durch Änderungen im Infektionsschutzgesetz (IfSG) die Beratung hinsichtlich eines vollständigen Impfschutzes des Kindes gestärkt.

Durch Artikel 8 des Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention (Präventionsgesetz – Prävg) vom 17. Juli 2015 (BGBl. I S. 1368) wurden mehrere neue Vorschriften des Infektionsschutzgesetzes zur Stärkung der Impfprävention, u. a. § 34 Abs. 10 a IfSG eingeführt. Dieser lautet: „Bei der Erstaufnahme in eine Kindertageseinrichtung haben die Personensorgeberechtigten gegenüber dieser einen schriftlichen Nachweis darüber zu erbringen, dass zeitnah vor der Aufnahme eine ärztliche Beratung in Bezug auf einen vollständigen, altersgemäßen, nach den Empfehlungen der Ständigen Impfkommission ausreichenden Impfschutz des Kindes erfolgt ist. Wird der Nachweis nicht erbracht, kann das Gesundheitsamt die Personensorgeberechtigten zu einer Beratung laden. Weitergehende landesrechtliche Regelungen bleiben unberührt.“ Am 25.07.2017 ist das Gesetz zur Modernisierung der epidemiologischen Überwachung übertragbarer Krankheiten in Kraft getreten, welches weitere umfangreiche Änderungen des IfSG beinhaltet. Im Zentrum des Gesetzes steht eine Modernisierung des bestehenden Meldesystems. Neben weiteren Änderungen wurde § 34 Abs. 10 a IfSG um eine Verpflichtung der Kindertageseinrichtung zur Benachrichtigung des Gesundheitsamts ergänzt, wenn der erforderliche Nachweis über die erfolgte ärztliche Beratung in Bezug auf den Impfschutz nicht vorgelegt wird. Damit besteht für die Leitung der Kindertageseinrichtung eine gesetzliche Handreichung, wie im Falle eines nicht vorgelegten Nachweises zum Impfschutz vorzugehen ist.

Eine gemeinsame Richtlinie des Sozialministeriums und des Kultusministeriums über die ärztliche Untersuchung nach § 4 des Kindertagesbetreuungsgesetzes und die ärztliche Impfberatung nach § 34 Abs. 10 a des Infektionsschutzgesetzes soll nach Information der Verwaltung zeitnah verabschiedet und veröffentlicht werden.

3. Vorgehen der Verwaltung

Regelungen in den städtischen Einrichtungen

Der städtische Träger weist im Sinne des Infektionsschutzgesetzes bereits jetzt auf die große Bedeutung eines ausreichenden Impfschutzes durch folgende Regelungen und Maßnahmen hin:

3.1. Nutzungssatzung Kindertageseinrichtungen

Nach § 6 (2) und § 7 (2) der Nutzungssatzung haben Eltern vor Betreuungsbeginn u.a. folgende Unterlagen vorzulegen:

- eine Bescheinigung über eine ärztliche Impfberatung nach §34, Abs. 10a IfSG
Diese Bescheinigung wurde mit der Abteilung Gesundheit des Landratsamtes abgestimmt.
- das „Formblatt“ über wichtige Informationen zur Betreuung des Kindes
Mit diesem Formblatt wird bei den Eltern der Impfstatus Tetanus und Masern/Mumps/Röteln (MMR-Impfung) abgefragt. Die Verwaltung hat sich mit diesem Formblatt – statt zur Vorlage des Impfausweises – für eine schriftliche Bestätigung zum Impfstatus durch die Eltern entschieden. Zum einen verdeutlicht dies die Verantwortung der Eltern, zum anderen können Einrichtungsleitungen fachlich die Vollständigkeit des Impfschutzes nicht kontrollieren, auch nicht durch Vorlage des Impfausweises. Sofern aus dem Formblatt ersichtlich wird, dass keine Impfung vorliegt bzw. keine Angaben gemacht werden, sprechen die Leitungen der Einrichtungen bereits heute schon die Eltern allgemein auf die Bedeutung von Schutzimpfungen in Gemeinschaftseinrichtungen bzw. auf die Folgen eines fehlenden Schutzes an.
- die Bestätigung über die Belehrung nach § 34 Abs. 5 IfSG
Nach Gesetzesvorgabe sind die Eltern über die Regelungen des Infektionsschutzgesetzes zu belehren. Dies erfolgt in den städtischen Einrichtungen durch ein Informationsblatt des Robert-Koch-Instituts „Gemeinsam vor Infektionen schützen“, das auch übersetzt in vielen Sprachen vorliegt. In diesem Informationsblatt wird ebenfalls auf die Bedeutung eines vollständigen Impfschutzes hingewiesen. Die Eltern bestätigen der Einrichtung schriftlich die Kenntnisnahme dieser Informationsschrift.

Die Verwaltung prüft, in diese Belehrung neu einen Hinweis auf mögliche Maßnahmen nach §28 (2)IfSG auf zu nehmen. Hiernach gilt: „Wird festgestellt, dass eine Person in einer Gemeinschaftseinrichtung an Masern erkrankt, dessen verdächtig oder ansteckungsverdächtig ist, kann die zuständige Behörde Personen, die weder einen Impfschutz, der den Empfehlungen der Ständigen Impfkommision entspricht, noch eine Immunität gegen Masern durch ärztliche Bescheinigung nachweisen können, die in §34 Absatz 1 Satz 1 und 2 genannten Verbote erteilen, bis eine Weiterverbreitung der Krankheit in der Gemeinschaftseinrichtung nicht mehr zu befürchten ist.“
Dies bedeutet, dass die Universitätsstadt Tübingen als zuständige Behörde (unter Berücksichtigung des Verhältnismäßigkeitsgebots und nach Rücksprache mit der Abteilung Gesundheit des Landratsamtes) im Falle einer Masernerkrankung bzw. Verdachts auch nicht geimpfte Kinder zu deren Schutz vorübergehend vom Besuch der Kindertageseinrichtung ausschließen kann (Betretungsverbot).

3.2. Weitere Informationsmaterialien

In den Kindertageseinrichtungen liegen allgemeine Informationsmaterialien (z.B. Flyer) zum Thema Impfen aus. Vereinzelt werden Elternabende zum Thema Impfen durchgeführt.

Die Verwaltung hat die hier beschriebenen Regelungen und Maßnahmen der Abteilung Gesundheit des Landratsamtes zur Beurteilung vorgelegt. Aus Sicht der Abt. Gesundheit erfüllt die städtische Vorgehensweise die gesetzlichen Vorgaben. Sie könnte nach Verabschiedung der Richtlinien des Sozialministeriums und Kultusministeriums (siehe Punkt 2), sofern dies notwendig wäre, problemlos ergänzt oder angepasst werden.

Die Abt. Gesundheit teilt die Auffassung der Verwaltung, dass es nicht Aufgabe der pädagogischen Fachkräfte ist, über einzelne Impfungen aufzuklären oder den Impfschutz anhand

der gelben Impfbücher zu kontrollieren. Dies sei den Ärzten vorbehalten und käme einer unerlaubten Ausübung der Heilkunde gleich. Allgemeine Informationen zur Bedeutung des Impfens, wie sie bereits in den städtischen Einrichtungen stattfinden, werden von Seiten des Landratsamtes für sehr wichtig erachtet.

Die Verwaltung wird nach Vorliegen der „gemeinsamen Richtlinie des Kultusministeriums und des Sozialministeriums über die ärztliche Untersuchung und Impfberatung“ alle entsprechenden Unterlagen überprüfen und gegebenenfalls anpassen. Bereits vorab wird sie, wie unter Punkt 3.1. ausgeführt, einen Hinweis auf §28 (2) IfSG in einem bereits vorhandenen Formular prüfen, um auf mögliche Konsequenzen bei Nicht-Vorliegen einer Masernimpfung hinzuweisen.

Die Leitungen der Kindertageseinrichtungen werden durch die Verwaltung auf Grund der aktuellen Vorlage in Dienstbesprechungen auf den Themenkomplex erneut hingewiesen.

4. Lösungsvarianten

Die verpflichtende Vorlage des Impfausweises bei Betreuungsbeginn in einer Kindertageseinrichtung wird neu in die Nutzungssatzung aufgenommen.

Die Verwaltung rät von dieser Veränderung jedoch ab. Die Bedeutung des Impfschutzes wird durch die oben beschriebenen Regelungen und Maßnahmen in den städtischen Kindertageseinrichtungen bereits unterstrichen. Durch die Vorlage des Impfbuches entsteht hier kein Mehrwert.